

29.09.2016

Stadtverwaltung Grünstadt
Herrn Bürgermeister
Klaus Wagner
Kreuzerweg 2
67269 Grünstadt

Antrag der SPD Fraktion gem. § 34, V, 2 GemO

hier:

Beschluss über die Verpflichtung der Verwaltung zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Deutschen Bahn, mit dem Ziel der Beseitigung der Geräuschimmissionen durch die ab dem Winterfahrplan 2016/2017 eingesetzten neuen Züge im Bereich der Stadt Grünstadt

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wagner,

Anwohner der Bahnstrecke im Stadtgebiet Grünstadt haben sich über die massive Erhöhung der Geräuschbelastung durch ein- und ausfahrende Züge seit dem Einsatz der neuen Fahrzeuge mit Beginn des Winterfahrplans beschwert. Die Bürger unserer Stadt machen deutlich, dass der durch die Fahrzeuge verursachte Lärm in einem unerträglichen Umfang über das bekannte Maß hinausgeht. Zumal die Züge in kurzen Abständen auch zu den üblichen Ruhezeiten fahren.

Grundsätzlich ist es nicht hinnehmbar, dass durch eine betriebsinterne Umstellung des Fahrbetriebs der Deutschen Bahn die Bürger unserer Stadt einer erhöhten Lärmbelastung ausgesetzt werden.

Sie haben in einem Schreiben an das Eisenbahnbundesamt vom 13.9.2016 die Beschwerden der Bürger dargestellt und um Stellungnahme gebeten. Wir erachten die Bitte um eine Stellungnahme nicht für ausreichend, die berechtigten Belange unserer Bürger zu vertreten.

Wir geben zu bedenken, dass durch die erhöhten Geräuschimmissionen außer den bereits an der Bahnstrecke wohnenden Bürgern auch die zukünftigen Bewohner des neuen Baugebiets „In der Blitz“ Beeinträchtigungen erfahren könnten. Ebenso könnten die Besucher des Mehrgenerationenspielplatzes „Alla Hopp“ von den Geräuschimmissionen belastet werden.

Zur objektiven Feststellung der Geräuschimmission fordern wir Sie auf, die Bahn zu einer Ortsbesichtigung zu laden und aufzufordern, eine Messung bei üblichem Betrieb der Fahrzeuge durchzuführen.

Sollte die Messung die von den Bürgern wahrgenommene unerträgliche Immission bestätigen, ist die Bahn zu verpflichten, die Geräuschimmissionen zumindest auf das vor Inbetriebnahme der neuen Züge bestandene Niveau herabzusenken.

Die SPD-Fraktion stellt daher den Antrag:

die Verwaltung zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Deutschen Bahn, mit dem Ziel der Beseitigung der Geräuschimmissionen durch die ab dem Winterfahrplan 2016/2017 eingesetzten neuen Züge im Bereich der Stadt Grünstadt zu verpflichten.

Wir bedanken uns für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Mrosek-Handwerk
Fraktionssprecherin

Nachrichtlich:

CDU-Fraktion, Herrn Michael Reinhardt, Obergasse 58, 67269 Grünstadt

FDP-Fraktion, Frau Alice Höhn, Brückelweg 10, 67269 Grünstadt

FWG-Fraktion, Herrn Johannes Adam, Carl-Zeiss-Straße 10, 67269 Grünstadt

Bündnis 90/ GRÜNE-Fraktion, Herrn Pirmin Magez, Rathausstraße 4, 67269 Grünstadt

Die Rheinpfalz, Lokalredaktion Grünstadt, Hauptstr. 33 – 35, 67269 Grünstadt